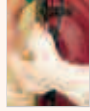




Zukunftsfest
 WiN-Programm
 fortsetzen
 Seite 2



Patientenfreundlich
 Der neue Bremer
 Krankenhausspiegel
 Seite 2



Initiativ
 9 Mio. Euro für Quali-
 fizierung von Fachkräften
 Seite 3



Vereinfacht
 Offenerer Wege
 zum Studium
 Seite 3



Informativ
 Sommer-Tour zum
 neuen Bremer Wahlrecht
 Seite 4

Jobmotor **Windkraft** nimmt weiter Fahrt auf

Offshore-Hafen: Senat legt Standort fest – RWE nutzt Containerterminal als Basishafen

Die Erfolgsgeschichte des Offshore-Standortes Bremerhaven geht weiter. Der Senat hat mit dem Blexer Bogen jetzt einvernehmlich den Standort für den geplanten Offshore-Hafen festgelegt. „Das ist das politische Startsignal an die Unternehmen, vor Ort weiter zu expandieren oder sich hier neu anzusiedeln“, sagt Frank Schildt, hafenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Da wir den Standort auch bereits unter ökologischen Gesichtspunkten ausgewählt haben, kann die weitere Planung jetzt zügig vorangehen.“ Mit RWE Innogy hat sich ein Schwergewicht der Branche für Bremerhaven als Basishafen entschieden. Bis der Offshore-Hafen fertig gestellt ist, Baubeginn könnte 2013 sein, wird das Unternehmen Flächen des Containerterminals als Basishafen für die 2011 startende Verschiffung von Windkraftanlagen nutzen und dort bis zu 70 neue Arbeitsplätze schaffen. „Um die Kafen für den Offshore-Umschlag fit zu machen, investieren wir rund 3,5 Millionen Euro in den Umbau“, berichtet Schildt. Eurogate stellt als Partner von RWE Innogy die Terminals zur Verfügung. „Bremerhaven hat sich sehr früh auf diesen neuen Industriezweig eingestellt. Von der vorausschauenden Entscheidung profitiert jetzt nicht nur die Stadt, sondern auch die Offshore-Industrie insgesamt“, erklärt Professor Fritz Vahrenholt, Vorsitzender der Geschäftsführung von RWE Innogy.

Neues Sicherheitstrainingscenter

Vahrenholt ist nicht der Einzige, der die politischen Weichenstellungen hervorhebt. Von außen wird die Arbeit von Senat und Magistrat der Stadt Bremerhaven sehr positiv wahrgenommen. „So hat mir eine norwegische Ministerin bei unserem Besuch der dortigen Öl- und Gasindustrie gesagt, dass Bremerhaven das Vorbild in Sachen Windkraft-Standort sei“,



Maschinenhaus im Windpark Alpha Ventus. Foto: REpower

berichtet Nils Schnorrenberger, Chef der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS). Auch Schildt sieht die jüngsten Ansiedlungserfolge als Bestätigung dafür, „dass wir als Politik von Anfang an auf Offshore gesetzt und die Rahmenbedingungen dafür geschaffen haben. Mittlerweile haben wir fast alle Bereiche von der Produktion der Komponenten, über Reparatur und Wartung bis zur Forschung vor Ort.“ Und ab 2011 kommt auch noch ein Sicherheitstrainingscenter hinzu, das vom Unternehmen Falck Nutec aus Dänemark betrieben wird. Neben dem Trockendock in der maritimen Forschungs- und Entwicklungsmeile baut die BIS das neue Zentrum, das ein überdachtes, beheiztes Becken mit Sprungturm und einem Kran für das Bewegen von Trainingsgeräten sowie moderne Seminarräume enthalten soll. 15 neue Arbeitsplätze sollen hier entstehen, einige tausend Schulungsgäste pro Jahr werden erwartet. „Wir investieren rund 2,25 Millionen Euro, um auch den

Weiterbildungsbedarf der Branche vor Ort abdecken zu können“, berichtet Schildt.

Aktuell bereits 1.200 Arbeitsplätze

RWE Innogy und Falck Nutec bringen neue zukunfts-trächtige Arbeitsplätze in die Stadt. Aktuell sind es in der Offshore-Branche bereits 1.200, fünfzig Prozent mehr als noch 2009. Der Jobmotor läuft auf Hochtouren, bis 2012 erwartet Nils Schnorrenberger 2.000 Arbeitsplätze im Bereich Windkraft. Er ist deshalb auch sehr zuversichtlich, im nächsten Jahr einen Investor für den Offshore-Hafen am Blexer Bogen zu finden. Die Unternehmen vor Ort, wie Multibrid oder Repower, seien doch sichere Kunden. Damit könne ein Investor langfristig planen, meint Schnorrenberger. Wichtig ist auch hier, dass die Politik die Weichenstellung mit dem Ankauf von 200 Hektar angrenzender Flächen auf der Luneplate vorgenommen hat. „Alle anderen Flächen im Fischereihafen haben wir inzwischen an die bestehenden Betriebe vergeben. Jetzt haben wir noch Potenzial für die



Fraktionsbesuch am Standort des geplanten Offshore-Hafens. Foto: Fraktion

nächsten Jahrzehnte“, sagt der BIS-Chef. Denn die Installation von Windkraftanlagen auf hoher See hat ja gerade erst begonnen.

Klaus Möhle ist Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion



Klaus Möhle mit Fraktionschef Björn Tschöpe.

Der ehemalige Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Klaus Möhle, ist am 17. Juni in die SPD eingetreten und seit diesem Tag auch neues Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Möhle war bereits von 1996 bis 1999 Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft und wurde 2003 erneut ins Parlament gewählt. Am 28. September 2009 ist Möhle bei den Grünen ausgetreten und saß seit-

dem als parteiloser Abgeordneter in der Bürgerschaft. Mit dem Eintritt von Klaus Möhle in die SPD verfügen die Sozialdemokraten über 33 Abgeordnete. „Mit Klaus Möhle gewinnt die SPD einen profilierten Landespolitiker, der sich seit vielen Jahren insbesondere in wirtschafts- und hafenpolitischen Fragen einen Namen gemacht hat. Dabei hat er immer für eine Politik gestanden, die ökonomische,

ökologische und soziale Ziele gerade auch mit Blick auf die Sicherung und den Ausbau von Arbeitsplätzen miteinander zu verbinden versucht. Ich freue mich sehr, dass er sich nun entschieden hat, gemeinsam mit uns in der SPD weiter für eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Politik für unsere beiden Städte zu arbeiten“, so der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe.

SPD will WiN-Programm fortsetzen



Podiumsdiskussion mit Dr. Karl Bronke, Elke Heyduck, Jürgen Pohlmann, Karin Garling und Bernd Blum (v.r.n.l.).
Foto: Fraktion

„Die Geschichte von WiN ist eine Erfolgsgeschichte. Deshalb beneiden uns viele Kommunen um dieses wichtige Programm der sozialen Stadtentwicklungspolitik. Allein in den Schwerpunkten der WiN-Fördergebiete werden fast 43.000 Menschen unterstützt und gefördert“, so der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Pohlmann. „Wir von der SPD wollen es fortsetzen, weiterentwickeln und zukunftsfest machen.“ Von großer Bedeutung sei auch, den Einrichtungen vor Ort für ihre quartiersbezogene Arbeit verlässliche Rahmenbedingungen zu verschaffen. „WiN hat eine große Bedeutung für die Menschen in Bremen. Das Programm hilft, die Wohn- und Lebensverhältnisse in Quartieren und Stadtgebieten mit besonderen Problemlagen zu stabilisieren. Damit tun wir etwas gegen die wachsende Spaltung unserer Gesellschaft“, so Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD auf der Fraktionsveranstaltung »Zukunft geWiNnen - Lebendige Quartiere in Bremen. WiN-Programm fortsetzen!«.

Dialog zu Perspektiven

Im Rahmen der mit mehr als 150 Teilnehmern gut besuchten Tagung standen die Perspektiven des Programms, das Ende des Jahres ausläuft, im Mittelpunkt der Diskussionen. Über ihre Erfahrungen aus der Praxis in den Stadtteilen berichteten hierzu Heike Binne (Quartiersmanagerin Lüssum-Bockhorn), Florian Boldt (Stadtteilmanager Neustadt), Hans-Peter Mester (Ortsamtsleiter West) und Helmut Weigelt (Beiratssprecher Vahr). „Solange es Armut und Arbeitslosigkeit gibt, brauchen wir Programme wie WiN“, erklärte etwa Heike Binne. „Wir können die Menschen im Alltag begleiten und ihnen ein Stück Selbstwertgefühl zurückgeben“, stellte Hans-Peter Mester fest.

Beteiligung schafft Identifikation

Auch aus der Antwort des Senats auf die Anfrage der SPD-Fraktion geht hervor, dass gezielt vor allem solche Projekte gefördert wurden, die das nachbarschaftliche Zusammenleben und die Wohn- und Lebenssituation verbessern, die die Stadtkultur weiterentwickeln und Freizeitangebote gerade auch für Kinder und Jugendliche schaffen. „Gerade durch die direkte Beteiligung ist eine enorme Akzeptanz der Projekte und eine viel stärkere Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensumfeld erreicht worden. Das gilt auch für die hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Ihre Integration und die Chance auf eine Beschäftigung sind durch die Projektarbeit vielfach gesteigert worden“, so Pohlmann. Der dezentrale Ansatz des Quartiersmanagements sowie das koordinierte Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure aus Einrichtungen, Verwaltung, Politik, Gewerbe und Wohnungswirtschaft zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern habe sich insgesamt bewährt. Die SPD wird nach der Sommerpause einen Antrag zur Weiterführung des WiN-Programms auf den Weg bringen.

Patienten können besser auswählen

Neuer Krankenhausspiegel sorgt für mehr Transparenz und ermöglicht den Vergleich



14 Bremer Krankenhäuser legen auf Initiative der Gesundheitsbehörde erstmals ihre Daten zu zehn Behandlungsbereichen offen. „Der neue Krankenhausspiegel wird die Transparenz hinsichtlich der Qualität dieser Leistungen deutlich erhöhen. Zukünftig können sich Patienten, Angehörige und Ärzte ausführlich über die Behandlungsergebnisse informieren“, erläutert der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Winfried Brumma. Zu den zehn Behandlungen zählen Operationen bei Brustkrebs, Herzschrittmacher oder an Gelenken. Wer bei dem häufigen Eingriff »Hüftgelenk« schaut, kann sich etwa informieren, wie hoch der Anteil von Wundinfektionen oder des Ausrenkens der künstlichen Hüfte an den einzelnen Kliniken ist. Die Darstellung erfolgt anhand einfacher Schaubilder und Grafiken. Unabhängige externe Prüfer ermitteln in einem aufwändigen Verfahren jährlich neu die Qualitätsergebnisse.

Wettbewerb erhöht Qualität

Die Gesundheitsbehörde erhofft sich neben mehr Transparenz auch einen verstärkten Qualitäts-Wettbewerb der Kliniken. Dabei setzt Gesundheits-



Winfried Brumma,
gesundheitspolitischer
Sprecher der
SPD-Bürgerschaftsfraktion

staatsrat Hermann Schulte-Sasse auf eine Qualitätssteigerung für die Patienten. Gleichzeitig warnt er jedoch vor einer Bestenliste und davor, die Qualität einer Klinik allein an den Zahlen abzulesen. Es handle sich vielmehr um eine erste Orientierung. Eine Verbesserung der Qualität steht auch für Winfried Brumma im Vordergrund. „Der Krankenhausspiegel muss in den Kliniken genutzt werden, um unterdurchschnittliche Behandlungsergebnisse zu hinterfragen. Das bietet die Gelegenheit, aus Fehlern zu lernen und dafür verantwortliche Strukturen und Prozesse zu überdenken und zu verändern.“

Patientenbefragung aufnehmen

Positiv hebt der SPD-Gesundheitsexperte hervor, dass der Krankenhausspiegel die gute Qualität der hiesigen Kliniken unterstreicht. „Die Bremer Kliniken liegen in vielen Bereichen bundesweit deutlich über dem Durchschnitt.“ Für Brumma ist wichtig, dass der Krankenhausspiegel kontinuierlich verbessert, dass er sprachlich noch verständlicher und auf weitere Disziplinen ausgeweitet wird. Auf jeden Fall gibt es im Laufe des Jahres eine Druckversion des Krankenhausspiegels direkt auf der Homepage und bei den abrufbaren Behandlungsbereichen kommen neu die geriatrische Versorgung (Altersmedizin) und die psychiatrische Versorgung hinzu. Zudem sollen die Ergebnisse einer Patientenbefragung mit in die Qualitätsbewertung einfließen. Weitere Informationen unter: www.bremer-krankenhausspiegel.de

Neun Millionen Euro für Fachkräfteinitiative

„Mit der Weiterentwicklung der Fachkräfteinitiative wird unsere Forderung nach einer engeren Verzahnung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande Bremen nun in die Tat umgesetzt“, zeigt sich die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Helga Ziegert, zufrieden. Die Initiative ist ein wichtiger Teil des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP). Von ihr sollen



Helga Ziegert,
arbeitsmarktpolitische
Sprecherin der
SPD-Bürgerschaftsfraktion

bis 2014 rund 5.400 Teilnehmerinnen sowie 2.300 Betriebe profitieren. Das Land Bremen stellt dafür in den nächsten vier Jahren rund neun Millionen Euro bereit. Um technologische Innovationen besser zu flankieren, werden im Rahmen des Programms die Qualifikationen der Teilnehmer gerade auch mit Blick auf zukunfts-trächtige Branchen, wie der Windkraft, der Luft-

und Raumfahrt oder auch der Fischwirtschaft Bremerhavens, weiterentwickelt. Daneben sollen Innovationen im Dienstleistungssektor und im Handwerk begleitet und die Qualifizierung Arbeitsloser verbessert werden. „Unser Ziel in der bremischen Arbeitsmarktpolitik muss es zudem sein, bisher benachteiligte Gruppen rascher wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Darüber hinaus erwarte ich, dass das Programm auch genutzt wird, die Chancengleichheit von Männern und Frauen weiter zu steigern. Ich bin überzeugt davon, dass die Initiative so insgesamt dazu beitragen wird, dem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen. Sie stellt damit ein wichtiges und zielgerichtetes Instrument dar, um die Wettbewerbsfähigkeit Bremens als Standort zu stärken“, so Ziegert.

Zugänge zum Studium erleichtert



Sybille Böschen,
stellvertretende
Fraktionsvorsitzende der
SPD-Bürgerschaftsfraktion

„Mit dem neuen Hochschulgesetz erleichtern wir den Zugang für beruflich qualifizierte, stärken die Autonomie der Hochschulen und forcieren die Frauenförderung beträchtlich“, so die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Sybille Böschen. Damit sich die Hochschulen im überregionalen wie im internationalen Wettbe-

werb behaupten können, brauchen sie rechtliche Rahmenbedingungen, die die Möglichkeit der Gewinnung von hoch qualifiziertem und angesehenem Hochschulpersonal verbessern. Im Rahmen des Zulassungsrechts müssen die Hochschulen zudem größere Handlungsspielräume haben, um den Studierenden ein qualitativ anspruchsvolles Studium ermöglichen zu können. Gleichzeitig solle weiterhin die Möglichkeit der Profilbildung und Qualitätsorientierung gegeben sein. „Mit den von uns vorgenommenen Änderungen wird nun auch der Zugang zum Masterstudium verbessert. Wir wollen Zeitverluste für die Studierenden beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium vermeiden. Und statt einer mehrjährigen Berufserfahrung reicht zukünftig in der Regel

eine einjährige Berufspraxis für den Zugang zu einem weiterbildenden Masterstudium.“ Prüfungsleistungen und Studienabschlüsse an der Hochschule für Künste und anderen Kunst- und Musikhochschulen sollen nach dem Willen der rot-grünen Koalition ebenso zur allgemeinen Hochschulreife führen wie an Fachhochschulen erbrachte Leistungen. „Mit dem neuen Gesetz verbinde ich auch die Hoffnung, dass die Anrechnung von Kompetenzen und Fähigkeiten, die außerhalb der Hochschulen erworben wurden, erleichtert wird.“ Mit den weiteren Änderungen zum Bremischen Studienkontengesetz sollen künftig Studierende mit und ohne Hauptwohnsitz in Bremen gleich behandelt werden. Alle sollen ein einheitliches Studienguthaben von 14 Semestern erhalten.

Neues Rundfunkgebührenmodell – einfacher und transparenter



Rainer Hamann,
Sprecher für LuK, Medien
und Datenschutz der SPD-
Bürgerschaftsfraktion

Die Ministerpräsidenten der Länder haben ein neues Rundfunkgebührenmodell beschlossen. Ab 2013 wird die bisherige „GEZ-Gebühr“ durch einen Beitrag pro Haushalt abgelöst. „Der Modellwechsel ist eine Konsequenz der technischen Entwicklung. Die Unterscheidung zwischen Radio, Fernsehgerät und sogenannten »neuartigen Empfangsgeräten« wie z.B. Mobiltelefonen entfällt zukünftig“, so der medienpolitische Sprecher der SPD, Rainer Hamann.

Durch die Haushaltsabgabe gibt es Gewinner und Verlierer. Einerseits sind jetzt auch die, die kein Rundfunkgerät besitzen beitragspflichtig. Auf der anderen Seite werden viele Haushalte entlastet. Mit einem Beitrag pro Haushalt (Wohnung) sind alle Nutzungsmöglichkeiten der dort lebenden Personen (Fernsehen, Hörfunk, Telemedien, PC, Autoradio) abgegolten. Wohngemeinschaften und Familien mit Kindern (mit eigenem Einkommen) werden deutlich entlastet. Der Rundfunkbeitrag bleibt bei 17,98 Euro.

Für Unternehmen gibt es Staffelpreise nach Anzahl der Beschäftigten: Für Betriebsstätten mit bis zu vier Beschäftigten wird ein Drittel des Rundfunkbeitrags fällig. 150 Rundfunkbeiträge werden für Betriebe mit mehr als 20.000 Beschäftigten fällig. Wichtig ist: Wie bisher bleiben Hartz-IV-Empfänger von der Zahlung befreit. Das neue Modell bedeutet zudem eine deutliche Reduzierung der bisherigen Kontrollen durch die GEZ-Beauftragten. „Das neue Modell ist einfacher, transparenter und zukunftsfester als das bisherige Modell. Das ist gut für uns alle und sichert unseren Sender Radio Bremen“, so das Fazit Hamanns.



Wahlbeteiligung steigern – SPD startet Infotour zu neuem Bremer Wahlrecht

Bei der Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011 wird das neue Bremer Wahlrecht erstmalig zur Anwendung kommen. In den letzten Tagen und Wochen mehren sich allerdings die Berichte darüber, dass das neue Wahlrecht von vielen Menschen als zu kompliziert wahrgenommen wird. Jüngst hatte der Vorsitzende des Vereins aktive Menschen in Bremen (AMeB) auf die mögliche Gefahr einer sinkenden Wahlbeteiligung insbesondere älterer Bremerinnen und Bremer aufgrund des neuen Wahlrechts aufmerksam gemacht. „Das neue Wahlrecht darf auf gar keinen Fall dazu

führen, dass noch mehr Menschen der Wahl fernbleiben“, so der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe. „Im Gegenteil. Wir müssen alles dafür tun, die Wahlbeteiligung zu steigern und damit die Legitimation unserer Demokratie und den Rückhalt der gewählten Volksvertreter zu stärken. Als SPD-Bürgerschaftsfraktion werden wir unsere in diesem Jahr stattfindende Sommer-Tour durch Bremen und Bremerhaven deshalb unter das Motto »Infotour neues Wahlrecht« stellen.“ Die Termine der Tour finden sich im Internet unter www.spdfraktion-bremen.de

Theater Bremen braucht verlässliche Kulturpolitik



Vor Ort-Termin im Bremer Theater: Der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt, Angelo Caragiuli, die Kulturdeputierten Horst Isola, Hela Bahr und Stefanie Huth mit den beiden Personalratsvertretern des Bremer Theaters Dirk Bauer & Dieter Leinfelder. Daneben Hartmut Krenzer, Jana Köke und der kulturpolitische Sprecher der SPD, Sükrü Senkal. (v.l.n.r.) Foto: Fraktion

„Die Konsolidierung des Theaters darf keinesfalls durch unüberlegte Schritte oder unausgeglichene Vorschläge gefährdet werden“, so der kulturpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Sükrü Senkal an die

Adresse der oppositionellen CDU. „Ein wichtiges Signal ist dabei auch, dass der Betriebsrat hinter der Konsolidierung steht.“ In Absprache mit dem Theater Bremen wurde zuletzt bei den Sanierungsmitteln in Höhe von

900.000 Euro ein Beitrag von 47.000 Euro gekürzt. „Das Geld wird aber nicht im operativen Geschäft fehlen, denn die Sanierungen sind für dieses Jahr bereits abgeschlossen“, so Senkal. Für die weitere Konsolidierung sei es zudem von großer Bedeutung, dass die laufenden Kosten gestemmt werden könnten, ohne Schulden vor sich herzuschieben. Zur neuen Saison wird das Theater von vier Bereichsleitern geführt. „Die machen ebenso wie die 450 Festangestellten und die rund 150 Auftrags- und Projektmitarbeiter sehr gute Arbeit. Das Theater hat gerade in diesen schwierigen Zeiten unsere volle Rückendeckung“, so Senkal. Im künst-

lerischen Bereich wolle das Theater zu alten Schauspielwurzeln zurück und damit an frühere Stärken anknüpfen. So will man wieder mehr Menschen für einen Theaterbesuch gewinnen. „In den vergangenen Jahren sind eine Menge Abonnenten verloren gegangen, die sich nicht mit dem »Groß-Event-Theater« identifizieren konnten“, erklärt Senkal. „Nun gibt es eine klar positive Tendenz bei den Kartenverkäufen – da ist momentan alles im grünen Bereich. Wir brauchen für das Theater Bremen deshalb auch weiterhin eine kompetente und verlässliche Kulturpolitik. Dafür stehen Kultursenator Jens Böhrnsen und Kulturstatsrätin Carmen Emigholz.“

TERMINE

Sitzungen der Bürgerschaft

- 24.08. Bürgerschaft Landtag**
11:00-18:00 Uhr
- 25.08. Stadtbürgerschaft**
10:00-13:00 Uhr
- 26.08. Bürgerschaft Landtag**
10:00-18:00 Uhr

IMPRESSUM

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Wachtstr. 27/29
28195 Bremen
Tel : 0421 33 67 70
Fax: 0421 32 11 20
www.spdfraktion-bremen.de
E-Mail:
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.
André Städler

Redaktion
Knut Köstergarten
André Nonnenkamp

Gestaltung
Stefan Skiba

Druck
Meiners Druck OHG



Um sich über die Situation der Kohlekraftwerke, des Müllheizkraftwerkes (MHKW), der Fernwärme und der Planung des Gas- und Dampfturbinen-(GuD)-Kraftwerkes zu informieren, waren die SPD-Mitglieder der Umweltdeputation sowie die örtlichen SPD-Abgeordneten bei der swb AG zu Besuch. Beeindruckt zeigten sich die SPD-PolitikerInnen rund um den umwelt- und energiepolitischen Sprecher der Fraktion, Jens Dennhardt, vom neuen Mittelalkorikraftwerk (MKK) am Standort Industriehafen (siehe Foto). Im MHKW und MKK der swb AG entsorgen rund 2,7 Mio. Einwohner des Nordwestens ihre Abfälle. Besonders beschäftigt die swb AG zurzeit die Planung zur Modernisierung des MHKW, weil hier durch neues EU-Recht der sogenannte Verwerterstatus nur mit neuen Investitionen erhalten werden kann. (Fotos: swbAG, Fraktion)